

DIE LINKE.MKK Kreistagsfraktion • Geschäftsstelle • In den Steinäckern 3 • 63517 Rodenbach

An den Vorsitzenden des Kreistages des Main Kinzig Kreises
Herrn Hubert Müller
Barbarossastraße 16-24
63571 Gelnhausen

7. Mai 2009

21. Kreistagssitzung am 29. Mai 2009

Antrag: Schutzschirm für Menschen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion DIE LINKE. stellt zu der Kreistagssitzung am 29.5.2009 den folgenden **Antrag**:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag des Main-Kinzig-Kreises hält eine Regierungsgarantie für sichere Renten für nicht ausreichend und fordert stattdessen eine parteiübergreifende Initiative für eine Staatsgarantie für die Leistungen der Sozialversicherungen.

Die Garantie für eine nicht sinkende Rente ist gut, aber nicht ausreichend. Wir brauchen vielmehr eine Staatsgarantie für alle Leistungen der Sozialversicherungen. Die Menschen wollen Sicherheit darüber, ob Kürzungen nicht nur bei der Rente, sondern auch bei Gesundheit, Pflege oder Arbeitslosigkeit drohen. Wir brauchen deshalb eine parteiübergreifende Initiative für einen sicheren Sozialstaat in der Krise. Deshalb: Keine Kürzung bei Sozialversicherungsleistungen. Keine neuen Belastungen für Versicherte. Keine Kürzungen bei Hartz IV.

Begründung:

Sollte es bei den Sozialleistungen zu weiteren Kürzungen kommen, drohen dem Haushalt des Kreises zusätzliche unkalkulierbare Belastungen. Diese Belastungen können weder durch die

Kreise und Kommunen getragen werden, noch durch die Menschen. Alleine die zu erwartenden Belastungen durch den Rückgang des Bruttosozialproduktes in diesem Jahr von mindestens 6 % bedeuten 150 Milliarden Euro, die bundesweit fehlen.

Nach Japan leidet Deutschland am stärksten von den sieben großen Industriestaaten unter der Krise. Während in Japan die Regierung nun zum dritten Mal Wirtschaftshilfen plant, lehnt die Bundesregierung ein weiteres Konjunkturpaket bisher ab. Japan nimmt erneut umgerechnet 157 Mrd. Euro in die Hand. Das Programm soll zwei Millionen neue Jobs schaffen. Deutschland hat im Kampf gegen den Abschwung bislang insgesamt nur rund 80 Mrd. Euro locker gemacht.

Allein um ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu bremsen/verhindern müsste die Bundesregierung gegen die Ausfälle von 150 Mrd. Euro Investitionsprogramme mindestens in der gleichen Höhe dagegensetzen. Dies ist zur Zeit nicht absehbar. Kommen hierzu allerdings noch Einsparungen bei den Sozialleistungen und Renten, werden die Haushalte der Kreise und Kommunen durch diese Belastungen direkt getroffen.

Deshalb muss eine solche Garantie von allen im Bundestag vertretenen Parteien abgegeben werden. Diese Regierung kann versprechen, was sie will. Es weiß doch kein Mensch, ob diese Regierung nach der Wahl noch im Amt ist. Das ist das mindeste, was alle Parteien für die nächsten vier Jahre garantieren sollten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Andreas Müller
Fraktionsvorsitzender



f.d.R. Dr. Thomas Maurer
Fraktionsgeschäftsführer